

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	13
Einführung	19
A. WISSENSCHAFTLICHES GLAUBENSBEKENNTNIS UND METHODOLOGISCHES VORVERSTÄNDNIS	21
I. Der Mensch als thematischer Bezugspunkt	21
II. Der Mensch als Bezugspunkt wissenschaftlicher Rechtfertigung	24
III. Die Rechtsnorm als Ordnungsgesichtspunkt der Erkenntnisse	28
IV. Der Mensch als Subjekt der Zurechnung völkerrechtlicher Normen	36
B. BEGRIFFLICHE VORKLÄRUNG	42
I. Der Begriff „Revolution“ — ein Erzeugnis der Politologie und Soziologie	42
II. Mangelnde ideologische Neutralität der politologischen und so- ziologischen Revolutionsbegriffe	44
1. Unzulänglichkeit der Methoden	44
2. Subjektivität von Revolutionsbegriffen und -typologien	48
a) Revolution — Staatsstreich	50
b) Politische Revolution — soziale Revolution	55
3. Komplexität des Phänomens „Revolution“	66
4. Revolution und Freiheit	70
5. Revolution und Nationalstaatlichkeit	77
6. Revolution und Gewalt	81
7. Revolution und internationales Umfeld	85
C. STANDPUNKTE DER GEGENWÄRTIGEN VÖLKER- RECHTSDOGMATIK	90
I. Klassische Revolutionsregel	90
1. Voraussetzungen der klassischen Revolutionsregel	91
a) Normativ-positivistisches Völkerrechtsverständnis	99
b) Organischer Staatsbegriff	103
c) Revolution als verfassungswidrige Verfassungsänderung	106
aa) Zur Relativität des Verfassungsbegriffs der Reinen Rechtslehre	106
bb) Vorzug politischer Lösungen in der Staatenpraxis	120

d)	Revolution im Kontext von Staatsidentität und -kontinuität	123
aa)	Fragwürdigkeit der Staatlichkeit eines in Revolution begriffenen Gemeinwesens	124
aaa)	Das historische Beispiel der Sowjetunion	124
bbb)	Das zeitgenössische Beispiel des Libanon	126
bb)	Mangelnde historische Glaubwürdigkeit und Partei- lichkeit der Identitäts(Kontinuitäts)these	135
2.	Rechtsnatur und Anwendungsbereich	137
3.	Zusammenfassende Kritik der klassischen Revolutionsregel	145
II. Funktional-pragmatisches Revolutionskonzept		146
III. Sozialistische Revolutionsregel		151
1.	Die völkerrechtliche Erheblichkeit der russischen (sowje- tischen) Oktoberrevolution	153
a)	Die Liquidierung der Auslandsschulden des Russischen Reiches und die Befriedigung von Ausländern, die durch sowjetische Verstaatlichungsmaßnahmen betroffen wurden	156
aa)	Die Regelung und Praxis inbezug auf außerhalb des Russischen Reiches gelegene Staaten	159
bb)	Die Regelung und Praxis inbezug auf innerhalb des Russischen Reiches, aber außerhalb der RSFSR gele- gene Staaten	177
cc)	Die Regelung und Praxis inbezug auf Aktiva und Vor- rechte des Russischen Reiches und seiner Staatsbürger im Ausland	184
b)	Die Übernahme völkerrechtlicher Verträge des Russischen Reiches durch die Sowjetregierung	191
c)	Die Beziehung der sowjetrussischen Regierung zu Staats- volk und Staatsgebiet des Russischen Reiches	202
2.	Inhalt und rechtliche Begründung der sozialistischen Revolu- tionsregel	205
a)	Das revolutionäre Wahlrecht als unselbständiges Recht von Staaten, die eine sozialistische (soziale) Revolution durch- laufen haben	208
aa)	Das revolutionäre Wahlrecht als Anwendungsfall der <i>clausula rebus sic stantibus</i>	208
bb)	Das revolutionäre Wahlrecht als Anwendungsfall einer Repressalie	214
cc)	Das revolutionäre Wahlrecht als Befreiung von „ <i>dettes odiuses</i> “	218
b)	Das revolutionäre Wahlrecht als selbständiges Recht von Staaten, die eine sozialistische (soziale) Revolution durch- laufen haben	221
aa)	Qualitative Änderung von Staatsqualität und Völker- rechtssubjektivität	221

bb)	Qualitative Änderung der Staatsqualität bei Identität der Völkerrechtssubjektivität	225
cc)	Kritisches zum Verhältnis von Staatsqualität und Völkerrechtssubjektivität	230
dd)	Kritisches zur Konzeption der sozialen (sozialistischen) Revolution	236
aaa)	Das algerische Beispiel eines „sozialistisch-orientierten Staates“	239
bbb)	Kritisches zu den Kriterien des „sozialistisch-orientierten Staates“ und des entsprechenden Revolutionstyps	253
3.	Besonderheiten der Rezeption der sozialistischen Revolutionsregel in der Praxis und Theorie außerhalb der Sowjetunion . .	272
a)	Jugoslawien	272
b)	Volksrepublik Polen (Republik Polen)	278
c)	ČSSR (Tschechoslowakische (Tschecho-slowakische) Föderative Republik (ČSFR))	286
d)	Albanien	298
e)	Volksdemokratische Revolutionen in Staaten, die im Zweiten Weltkrieg unterlegen sind	306
f)	Kursorischer Überblick über weitere Belege aus der Staatenpraxis	319
4.	Zusammenfassende Kritik der sozialistischen Revolutionsregel	352
D.	BESTIMMUNGSGRÜNDE EINES VÖLKERRECHTLICHEN REVOLUTIONSBEGRIFFES	355
I.	Das Widerstandsrecht	355
1.	Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und das Widerstandsrecht	359
a)	Die Genese von Absatz 3 der Präambel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte	359
b)	Die Begriffswelt und die Relevanz von Absatz 3 der Präambel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte .	368
2.	Determinanten für einen völkerrechtlichen Revolutionsbegriff aus dem universellen Widerstandsrecht	372
II.	Das Selbstbestimmungsrecht der Völker	374
1.	Rechtsnatur und Geltungsbereich des Rechts auf politische Selbstbestimmung	375
2.	Materielle Abgrenzung des Rechts auf politische Selbstbestimmung vom Widerstandsrecht	382
3.	Determinanten für einen völkerrechtlichen Revolutionsbegriff aus dem Recht auf politische Selbstbestimmung	387

III. Der nicht internationale bewaffnete Konflikt	388
1. Das Verhältnis des Art 3 der vier Genfer Konventionen 1949 zu Art 1 des II. ZP 1977	391
2. Die untere Schwelle des nicht internationalen bewaffneten Konflikts	397
3. Determinanten für einen völkerrechtlichen Revolutionsbegriff aus den Begriffen des humanitären Konfliktsrechts: „innere Unruhen“ und „innere Spannungen“	404
IV. Das Interventionsverbot	405
E. VÖLKERRECHTLICHE GRUNDLEGUNG EINES REVO- LUTIONÄREN WAHLRECHTS	410
I. Revolutionsadäquanz der Neustaaatenregelungen der beiden Staa- tennachfolgekonzventionen	417
II. Mangelnde unmittelbare Anwendbarkeit der Neustaaatenbestim- mungen der beiden Staatennachfolgekonzventionen auf Revolu- tionen außerhalb des Selbstbestimmungsrechts der Völker	425
III. Analoge Anwendbarkeit der Neustaaatenbestimmungen der beiden Staatennachfolgekonzventionen auf Revolutionen außer- halb des Selbstbestimmungsrechts der Völker	430
F. ZUSAMMENFASSUNG	434
G. SUMMARY	440
Literaturverzeichnis	447
Fallregister zu Entscheidungen des IGH	483
Vertragsverzeichnis	485
Übersicht zur Satzung der Vereinten Nationen, zur WVK, zu den beiden Wiener Staatennachfolgekonzventionen, Art. 3 der vier Genfer Konventionen 1949 sowie deren I. und II. Zusatzprotokoll 1977	495
Sachregister	497